

Ercheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Abonnementspreis monatlich 50 J., 1/2 Jährl. 1.50 J. pränum. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 J.

„Die Neue Welt“ (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beschreibbar, kostet monatlich 10 J., 1/2 Jährlich 30 J.

Volkshlatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Raumburg-Weißenfels-Zeitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047

Redaktion und Expedition: Geiſtſtraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telegramm-Adresse: Volkshlatt Halle/Saale.

Telephon-Nr. 1047.

Nr. 222

Halle a. S., Donnerstag den 23. September 1897.

8. Jahrg

Arbeiter, Parteigenossen! Nächsten Montag, den 27. September vom vormittag 8 bis mittags 1 Uhr findet die Gewerbe- und Handwerkskammerwahl statt. Die Bestimmungen über die Wahlberechtigung, über die Wahllokale u. s. w., sind in dem am Sonntag verbreiteten Ringblatt ausführlich bekannt gegeben worden und werden in der nächsten Sonntagsnummer des Volkshlattes nochmals veröffentlicht werden. Stimmzettel sind am Wahltag vor jedem Wahllokal zu haben.

Anträge für den Parteitag in Hamburg.

Tagesordnung.
1. Lübeck: Die Beipredung des Proportional-Wahl-systems als 8. Punkt auf die Tagesordnung des Parteitages zu legen.
2. Dritter Berliner Reichstags-Wahlkreis: Zu Punkt 5 der Tagesordnung „Die Verteilung an den preussischen Landtagswahlen“ ist ein Korreferent zu bestellen.

Programm.
3. Jahr: Streichung des Satzes: „Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit.“

Organisation.
Parteitags.
4. Hannover: Den nächsten Parteitag in Hannover abzuhalten.
5. Magdeburg: Den nächsten Parteitag in Magdeburg abzuhalten.
6. Erster badischer Reichstags-Wahlkreis: Den nächsten Parteitag in Mannheim abzuhalten.
7. Jahr: Den nächsten Parteitag in Süddeutschland abzuhalten.
8. Reichstags-Wahlkreis Essen: Den nächsten Parteitag in Dortmund abzuhalten.
9. Erster Berliner Reichstags-Wahlkreis: Den Parteitag künftig in der Pfingst- oder Weihnachtswoche stattfinden zu lassen.

10. Reichstags-Wahlkreis Essen: Auf die Tagesordnung des nächstjährigen deutschen Parteitages die Anwendung der Arbeiterkassen-Bezeichnung in den deutschen Bergwerken zu legen.

11. Mainz: Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu legen: 1. Die theoretischen Grundlagen des Parteiprogramms mit den Genossen Kautsky und Konrad Schmidt als Referenten. 2. Die Bedeutung der Konjunktionsoffensiven für die Arbeiterklasse.

12. Erster Berliner Reichstags-Wahlkreis: Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu legen: Die Stellungnahme der Sozialdemokratie zur allgemeinen Handels- und Zollpolitik.

13. Döbernitz und Königberg R.-M.: Die Agrarfrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu legen und zu den Vorarbeiten eine Kommission einzusetzen.

14. Reichstags-Wahlkreis Essen: Das Höchstgehalt der Partei Angehörigen auf 3000 M. zu normieren.

Allgemeines.
15. Münster: Der Parteivorstand ist verpflichtet, im Vorwärts fest den Aufnahmestellen resp. die Rekruten der Arbeiter, welche auf Agitation geschickt werden, bekannt zu geben. Die Parteiblätter haben dieses ebenfalls zu veröffentlichen.

16. Von denselben: Die Parteileitung hat nach Möglichkeit dafür Sorge zu tragen, daß hervorragend geistig gebildete, redigierfähige Agitatoren resp. Reichstags-Abgeordnete den Provinzialräten erhalten bleiben und weniger als bisher systematisch nach Berlin gezogen werden.

17. Burg: Jeder Wahlkreis, der eine von dem Parteitag festzusetzende Stimmzahl bei der letzten Reichstagswahl abgegeben hat, wählt einen Delegierten zum Parteitag. Die Dänen für diesen Delegierten trägt die Parteiassesse. Diejenigen Wahlkreise, welche 2 oder 3 Delegierte entsenden, tragen die Kosten für den 2. und 3. Delegierten selbst.

18. Böbau i. S.: Für diejenigen Wahlkreise, welche nicht in der Lage sind, einen Delegierten zum Parteitag aus eigenen Mitteln senden zu können, tritt die Partei für die Delegationskosten eines Delegierten ein.

19. 1., 3. und 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis: Der Reichstag des Ersten Parteitages vom Jahre 1891, betr. Errichtung der Berliner Preßkommission, möge folgende Fassung erhalten:

„Als § 17 a ist der Organisation einzufügen:
Zur fortlaufenden Kontrolle des Zentralorgans in lokaler und finanzieller Beziehung wählen die Parteigenossen Berlin und der Vororte eine Preßkommission, welche aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden beteiligten Reichstags-Wahlkreis bestehen darf.

Die Kommission hat bei allen Dingen finanzieller Natur sowie bei allen Anstellungen in Redaktion und Expedition mit zu entscheiden.

Presse.
20. 10. Badischer Reichstags-Wahlkreis: Die Parteileitung hat die Herausgabe eines täglich erscheinenden Organs in Karlsruhe einer gründlichen Erwägung zu unterziehen und wenn möglich dieselbe erfolgen zu lassen.
21. Genosse H. Kraus in Merane: Die Parteileitung wird leauftragt, noch vor der nächsten Reichstags-Wahl eine landwirtschaftliche sozialdemokratische Zeitung erscheinen zu lassen, und zwar zu möglichst billigem Preise.
22. 5. Sächsischer Reichstags-Wahlkreis: Der Parteitag möge dahin wirken, daß Polemiken zwischen Parteiblättern, welche einen persönlichen und beleidigenden Charakter tragen, in Zukunft unmöglich gemacht werden.
23. 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis: Die Redaktion des Vorwärts hat den wissenschaftlichen und antiken Kongressen eine größere Beachtung zu schenken und dafür zu sorgen, daß in knapper Form, bezw. als Resume ein übersichtliches Bild der betreffenden Verhandlungen geboten wird.

Die Berichterstattung hat überhaupt schneller und gründlicher als bisher zu erfolgen, — mit das Zentralorgan der höchsten politischen Partei Deutschlands auch als hervorragendes Blatt entsprechenden Einfluß üben kann.

24. Hastedt: Sämtliche Arbeiterzeitungen sowie die Parteiliteratur haben von 1. Januar bezw. 1. April 1898 in neuer Orthographie zu erscheinen.

25. 12. u. 13. Sächsischer Reichstags-Wahlkreis: 1. Den Abonnenten der Neuen Welt ist Titel sowie Inhaltsverzeichnis als Gratisbeilage resp. als letzte Nummer des Jahrganges von jetzt ab zu liefern.
2. Die Buchhandlung Vorwärts ist zu beauftragen, die Romanzeitschrift in freien Stunden in künstlerischer und technischer Hinsicht zu vervollkommen.

27. 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis: Die im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erscheinende Wochenzeitschrift in freien Stunden ist zu erweitern und in Bezug auf Illustrationen zu verbessern.

28. Hastedt: Die Buchhandlung Vorwärts, sowie solche Buchhandlungen, welche Material zur Maschinenverbreitung herstellen, haben solches einem kleinen Ort, welcher nur ein kleines Quantum bestellen kann, zu demselben niedrigen Preise zu liefern, wie einem großen Ort, welcher größere Posten bestellt, sofern es gratis verbreitet werden soll.

Parlamentarischer Handbuch.
29. Danzig und Elberfeld: Die Parteileitung ist beauftragen, ein politisch-parlamentarisches Handbuch zur besonderen Benutzung bei der bevorstehenden Reichstagswahl herauszugeben.

Wochenschriften.
30. Breslau: Zur besseren Information unserer Wohlagitatoren wird wiederum ein kurzgefaßter Bericht über die Tätigkeit des Reichstages von 1893—1898 herausgegeben und zwar in der Art und von dem Verfasser des Berichts über die Tätigkeit des Reichstages von 1887—1890.

31. Breslau: Die Herausgabe einer Wochenschrift, welche geeignet ist, insbesondere unseren zur Agitation berufenen Genossen Belehrung über die mannigfachen Fragen der preussischen Landtagswahlen zu geben.

32. Dresden und Umgebung: Der Parteivorstand möge in alternativer Zeit eine unentgeltliche Wochenschrift herausgeben mit besonderer Berücksichtigung der Gefinbe-Ordnung.

Kalenber.
33. Liegnitz-Goldberg-Hannau: Es ist auf Kosten der Partei wenigstens für die östlichen Provinzen ein Agitations-Kalenber herauszugeben.

Allgemeines.
34. Harburg: Die Buchhandlung Vorwärts hat ihre Kataloge an die Partei-Buchhandlungen gratis abzugeben.

Agitation.
35. Breslau: Die Parteileitung hat für die Agitation im oberdeutschen Industriegebiet größere Mittel aufzuwenden.

36. Magdeburg: Zu einer geeigneten Zeit hat im Jahre 1898 eine allgemeine, einheitlich getragene und umfassende Agitation für das ganze Deutsche Reich zu beginnen. Dieselbe hat den Zweck zu erfüllen, folgenden Forderungen mehr nachdruck zu verschaffen: 1. Vertiefung der Arbeiterstages; 2. Arbeitsruhe am 1. Mai.

Die vorerwähnten Schritte zu dieser Agitation sind dem Parteivorstand zu überlassen.

37. Halle-Algerleben: Der Parteitag möge den geschäftsführenden Ausschuss beauftragen, in Laufe des nächsten Jahres eine gleichmäßige Agitation im ganzen Lande und besonders unter den ländlichen Arbeitern für Abschaffung der Gefinbe-Ordnung und sonstiger Ausnahmebestimmungen

welche die landwirtschaftlichen Arbeiter bedrücken, sowie für Gleichstellung der ländlichen Arbeiter mit den gewerblichen in Bewegung zu setzen — ähnlich wie bei der Umstrukturierung — und hiermit gleich die stärkere Betonung der Programmforderung: „Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Totenbestattung.“ zu verbinden.

Gleichzeitig möge der Parteitag den Wunsch aussprechen, daß die Presse den Gefinbe-Ordnungen sowie der Handhabung derselben, sowie den aus dem heutigen Werte und Abstrichweisen auf dem Lande hervorzuhebenden Missetätigkeiten mehr Beachtung widmet und bedeutend mehr Wert beilegt als bisher.

Tagesgeschichte.
Der Reichstag tritt nach einer Weile des Hamb. Corr. jedenfalls in der zweiten Hälfte des November zusammen. Zur Vorlage gelangt sofort ein Entwurf, betr. die Entscheidung hinsichtlich Verurteilung.

Reformen im Postfach. Wie die Berliner Volkszeitung erzählt, beschäftigt Herr v. Bobbelski, die Subalternstellen gänzlich von Anwärtern der höheren Laufbahn freizumachen. Die Eleven haben in Zukunft zunächst 3 Jahre im praktischen Dienst, aber ohne Vergütung, thätig sein, um sich in allen Zweigen des Postwesens genügend auszubilden. Alsdann sollen sie 3 Jahre die „Postakademie“ besuchen, zu der nach Art der Berlinakademie die heutige Post- und Telegraphenschule in Berlin umgebildet werden soll. Nach Absolvierung derselben treten sie wiederum in den Postdienst, zunächst in einer ähnlichen Stellung, wie jetzt die Postassistenten ein und zwar in etatsmäßige Stellen, von denen das weitere Aufsteigen in ähnlicher Weise, wie bisher, doch wird das Berechtigungszeugnis zum einjährig-freiwilligen Militärdienst gefordert werden. Die Ausbildung erfolgt, wie bisher, in vier Jahren als Postgehilfe; wer nur das Assistenten-nicht aber auch das Postsekretär-Examen ablegt, bleibt Ober-Postassistent. Die Gehälter der Postsekretäre sollen im Maximum auf 3800 M. gebracht, bei den Assistenten soll die erste Gehaltsstufe von 1500—1700 auf 1500—1800 M. verändert werden. Die nötigen Mittel werden bereits in den nächstjährigen Etat eingestellt werden.

Zur Frage der Arbeitslosen-Versicherung. Die zur Vorbereitung des Antrages betr. die Arbeitslosen-Versicherung auf kommunaler Grundlage eingeleitete Kommission der Deutschen Volkspartei hat in dem für den Parteitag festgestellten Bericht die aus der Prüfung der Frage gewonnenen Einwürfe in Schlußfassen zusammengefaßt:

1. Die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit ist ein unübliches Problem mehr. Sie ist auf Grund der Aufnahme der Reichs- und Bundesstaaten sowie zahlreicher gediegener wissenschaftlicher Arbeiten in dem unter Reichsaufsicht stehenden überaus große Schwierigkeiten auszuführen.

2. Die Versicherung muß obligatorisch sein, da alle Versuche, sich auf Grund freiwilliger Organisation zu Stande zu bringen, nicht zu nennenswerten Erfolgen geführt haben und keine solchen Erfolge in Aussicht gestellt.

3. Die Versicherungsleistung muß geteilt werden zwischen Arbeitern, Arbeitgebern, Kommunen und dem Staate, die alle, abgesehen von dem humanitären Zwecke, ein direktes Interesse an der Verteilung oder wenigstens möglichen Einschränkung der Arbeitslosigkeit haben. Die schärfste kommunale Arbeitslosen-Versicherung mit Zwangsbeitrag für die Beteiligten bietet ein sehr gutes Mittel, die Arbeitslosigkeit wenigstens in den großen Industriezentren zu vermindern und einzuschränken.

Die wirkliche Ursache des Eisenbahnunfalls bei Eiche, das bekanntlich auf ein „Attentat“ zurückgeführt worden ist, ist nunmehr ermittelt worden. Die Ursache lag in dem entlasteten Güterzuge selbst. Auf denselben wurde Langholz befördert. Eine zwei Waggons zusammenhaltende, etwa drei Meter lange Koppeltange war gebrochen und zur Erde gefallen. Dadurch waren die Schienen und Schwellen aus der Lage gerückt worden. Obwohl der Schlussfolger des Zuges den Vorfall bemerkt hatte, beschwor er später, nichts gesehen zu haben. Er ist nunmehr wegen Meinwid in Untersuchung genommen worden. Auch andere Beamte wurden verhaftet.

Das Freiherr v. Marshall vom Postfach der Konstantinopel ausersuchen ist, wird von mehreren Seiten berichtet. In denselben Kreisen ist man der Auffassung nicht abgeneigt, daß der Nachfolger des Freiherrn v. Tielmann auf dem Washingtoner Postfachposten der jetzige Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freih. v. Rosenhan sein wird.

Hänge-Peters wird, wie aus „zuverlässiger Quelle“ aus London gemeldet wird, an der Spitze einer englischen

